DIE WELT

24. September 1970 · Jahrgang 7 · Nr. 20 Seite

Hungerstreik türkischer Studenten gegen „Unterdrückung"

Jungsozialisten mit Griechen solidarisch

Mit einem Hungerstreik protestieren seit gestern zehn türkische Studenten dagegen, daß das türkische Kabinett ihrem an der Freien Universität studierenden Landsmann Hakki Keskin im Juli die Staatsbürgerschaft entzogen habe. Das Präsidialamt der FU hatte schon am Montag durch Vermittlung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin das Auswärtige Amt in Bonn gebeten, bei der türkischen Regierung auf eine Aufhebung dieser Maßnahme hinzuwirken.

Die Senatskanzlei und die FU konnten sich mit dem Senator für Inneres darüber verständigen, daß dem türkischen Studenten aus dem Entzug der Staatsangehörigkeit in der Zwischenzeit keine Nachteile entstehen. Die evangelische Studentengemeinde und die türkische Studentenförderation, deren Vorsitzender Hakki Keskin im letzten Jahr war, verurteilten den Entzug seiner Staatsbürgerschaft als „antidemokratische Unterdrückung der Meinungsfreiheit". Sie kündigten Protestdemonstrationen für Samstag vor dem türkischen Generalkonsulat und zum bevorstehenden Besuch des türkischen Staatspräsidenten Cevdet Sunay in Bonn und Berlin im Oktober an.

Bereits im Februar hatte sich der FU-Präsident beim türkischen Staatspräsidenten dafür eingesetzt, den seinerzeit getroffenen Entzug der Studiengenehmigungen von neun türkischen FU-Studenten aufzuheben.

Die Jungsozialisten und „Die Falken" haben sich mit den griechischen Gastarbeitern solidarisiert, die wegen der „physischen Provokation in einem Seminar des DGB und der Parteinahme des DGB-Vorstandes für die Provokateure" einen Hungerstreik durchführen.

Die Jungsozialisten und „Falken" fordern ihre Mitglieder und die Berliner Bevölkerung auf, mit den sich im Hungerstreik befindlichen Griechen aktive Solidarität zu üben, sie auch finanziell zu unterstützen. wt

TAGESSPIEGEL, 22.9.1970

FU setzt sich für türkischen Studenten ein

Tsp. Berlin. FU-Präsident Kreibich hat das Auswärtige Amt in Bonn gebeten, bei der türkischen Regierung darauf hinzuwirken, daß der Beschluß zum Entzug der Staatsangehörigkeit für einen FU-Studenten türkischer Nationalität wieder rückgängig gemacht wird. Dem FU-Studenten sei, so teilte gestern die Universitätsleitung mit, im Juli durch Beschluß des türkischen Kabinetts die Staatsangehörigkeit entzogen worden. Die FU setzte sich ferner mit der Senatskanzlei und dem Innensenat in Verbindung, um, wie es heißt, „zu erreichen, daß dem Studenten aus dem Entzug der Staatsangehörigkeit in der Zwischenzeit keine Nachteile entstehen".

In einer Stellungnahme bedauerte Präsident Kreibich die Entscheidung der türkischen Regierung, weil er es für notwendig halte, daß ausländische Studenten ihre Ausbildung in Deutschland „in Ruhe und ohne äußeren Druck beenden können".